

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

30.4.1925 (No. 100)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3615

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
L. K. M. n. n.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,50 Goldmark ausschließlich Zustellgebühr. — Einzelnnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beibehaltung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Deutschnationale Politik

Man liest in dem chauvinistischen Pariser Organ „Matin“, einem Blatt, dessen Deutschenhaß bereits eine historische Bedeutung erlangt hat, einen merkwürdigen Artikel. Er stammt aus der Feder des bekannten Herrn Sauerwein, des Berliner Sonderberichterstatters der Zeitung, und gibt die politischen Gedankengänge Hindenburgs wieder, wie sie dieser Berichterstatter in Gesprächen mit maßgebenden deutschnationalen Persönlichkeiten festgestellt haben will. Schon allein die Tatsache, daß ausgerechnet der „Matin“ solches veröffentlicht, muß Staunen hervorrufen. Der Inhalt dieses politischen Hindenburg-Programms ist aber so, daß er geradezu Aufsehen erregen wird. Würde die Wiedergabe durch Herrn Sauerwein wirklich richtig sein, so müßte sie auch von Seiten der republikanischen Parteien mit größter Genugtuung und Befriedigung aufgenommen werden.

Bezeichnend bleibt es unter allen Umständen, daß der „Matin“ dieses Programm überhaupt publiziert. Denn den Tendenzen seiner chauvinistischen Politik entspricht es keineswegs. Im Gegenteil! Es ist so beschaffen, daß es direkt als Dokument einer friedlichen, bewußt auf eine dauerhafte Verständigung mit Frankreich abzielenden Politik Hindenburgs bewertet werden müßte.

Nach diesem Artikel des Herrn Sauerwein empfehlen sich die Deutschnationalen den Franzosen zunächst als die besseren Garanten eines Verständigungsabkommens. Sie meinen, eine Annäherung an Frankreich unter einem linksgerichteten Regime würde keinen großen Wert gehabt haben, da die Vertreter der Deutschnationalen dadurch nicht verpflichtet worden wären. Jetzt lägen die Dinge ganz anders. Weiter wird davon gesprochen, daß die Deutschnationalen eine Interessengemeinschaft zwischen den beiden Völkern für unerlässlich halten; das Einvernehmen zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie sei bereits der Auftakt zu einer allgemeinen Verständigung. Drittens halte Hindenburg, der für die französische Armee größte Achtung an den Tag lege, in Europa keinen Frieden für möglich, dem nicht eine franko-deutsche Verständigung zugrunde liege. Er sei überzeugt, daß die beiden Nationen sich eines Tages gegen die bolschewistische Gefahr zusammenschließen müßten. Viertens sei Polen eine in der Entwicklung rasch fortschreitende Nation, deren Bevölkerung und Einnahmequellen ständig zunehmen, und das daher als wichtiger Faktor für das europäische Gleichgewicht in Frage komme. In diesem Falle müßte die Aufhebung des Danziger Korridors unter vollem Einvernehmen mit Polen erwogen werden, und zwar durch ein Übereinkommen, das die übrige deutsch-polnische Grenze garantiere. In Friedenszeiten sei der Danziger Korridor nutzlos und in Kriegszeiten unaltbar.

Fünftens: In der Umgebung des Marcksalls sei man geneigt, die Sicherungsverhandlungen fortzusetzen.

Soweit der „Matin“. Bis heute ist kein Dementi bzw. keine Richtigstellung der Darlegung des Herrn Sauerwein erfolgt. Man müßte also einstweilen annehmen, daß sie faktisch im wesentlichen richtig sind. Wäre das der Fall, dann stünden wir vor einem Wechsel der deutschnationalen Politik, wie er gar nicht größer gedacht werden kann.

Gewisse Auslassungen Hindenburgs selbst vor der Wahl bewegten sich ja gleichfalls auf der Linie einer friedlichen Verständigungspolitik. Sie enthielten ein Bekenntnis zur Erfüllungspolitik auf der Grundlage des Friedensvertrags von Versailles und gleichzeitig das Gelöbnis, die republikanische Verfassung unter allen Umständen zu schützen und zu achten.

Aus einzelnen deutschnationalen Organen des rechten Flügels klingt uns aber ein ganz anderer Ton entgegen. Darnach müßte man glauben, daß die Deutschnationalen jetzt die Zeit für gekommen erachten, um unter Abkehr von der bisherigen Außenpolitik eine Politik der Hartnäckigkeit und Verfeinerung nach außen einzuleiten und im Innern den Sturm auf die Republik zu eröffnen.

Was ist nun eigentlich wahr? In Gesprächen mit Leuten, die über Hindenburgs Absichten unterrichtet zu sein behaupten, wird immer wieder mit Nachdruck betont, daß Hindenburg, der parteipolitisch gar nicht gebunden sei, eine Politik befolgen werde, die bestimmt

der bisherigen Linie nicht zuwiderlaufe und der Gesamtheit des Volkes durchaus gefallen werde. Wichtig ist ja, daß noch gestern die völlige Übereinstimmung zwischen Hindenburg und dem Reichskanzler Luther offiziell festgestellt wurde.

Man wird es begreifen können, wenn wir einstweilen allen diesen Nachrichten mit Skepsis gegenüberstehen. Gerne möchten wir sie glauben. Und sicherlich wäre es für unser Vaterland gut, wenn sie richtig wären. Aber sollten sich die Deutschnationalen wirklich so gewandelt haben, daß sie heute eine Politik nicht nur mitmachen, sondern aktiv vertreten wollen, die sogar noch um einige Striche über das hinausgeht, was Wirth und Marx angestrebt haben? Um dieser Politik willen ist Wirth bis aufs Messer bekämpft und Marx von Seiten der Rechten verdächtigt worden; Rathenau aber wurde wegen dieser Politik erschossen. Und heute soll es nun so sein, daß Hindenburg sich für diese selbe Politik erklärt, und daß die Deutschnationalen solches mitmachen? Wenn es so wäre, dann wäre das allerdings die glänzendste Rechtfertigung, die die bisherige Politik der republikanischen Parteien erfahren könnte. Andererseits wäre es natürlich geeignet, die Gegenfüße im Innern abzuschwächen.

Wie Hindenburg selber erklärt hat, will er der Reichspräsident des ganzen deutschen Volkes, und nicht nur der Reichspräsident des Reichsblocks sein, der ihn wählte. Und die Ehrlichkeit dieses seines Willens darf sicherlich nicht bezweifelt werden. Aus dieser seiner Einstellung folgert ganz von selbst der Wunsch, die parteipolitische Berührung im Volke einzudämmen und die Gegenfüße zu verringern. Aus der ganzen Persönlichkeit des Reichspräsidenten ergibt sich aber auch weiter der Wunsch, die Staatsautorität zu wahren und den Respekt vor Gesetz und Obrigkeit zu befestigen. Wie sehr eine solche Politik in Baden verstanden würde, haben vorgestern abend die eindrucksvollen Erklärungen des badischen Staatspräsidenten und des badischen Landtagspräsidenten bei dem Geselligen Beisammensein der Unternehmerverbände klar genug bekundet. Loyal und ehrerbietig kann sich keine Landesregierung dem Reichspräsidenten gegenüber verhalten. Und doch weiß jeder, daß die Männer dieser Landesregierung Anhänger von Marx sind.

Ob dieses Beispiel vornehmer Gesinnung von den Deutschnationalen begriffen u. erwidert werden wird, wissen wir nicht. Einstweilen möchten wir es bezweifeln. Und zwar bezweifeln auf Grund der Pressepolemik, deren sich auch jetzt noch die deutschnationalen Zeitungen befleißigen. Man lese einmal den Artikel „Das Verhalten der Polizei am Wahltage“, den die deutschnationale „Badische Zeitung“ in Karlsruhe in ihrer Dienstagnummer vom 28. April veröffentlicht hat. Dieser Artikel ist eine schwere Verleumdung an der Staatsautorität und eine Verunglimpfung des badischen Innenministers. Daß er sich lediglich auf Lügen und Klatsch aufbaut, drückt ihm noch den Stempel besonderer Häßlichkeit auf. Minister Kemmele hat dem Blatt eine Berichtigung geschickt, die wir weiter unten abdrucken. Sie bedarf keines Kommentars; sie spricht für sich selbst und stellt, ohne ein Urteil abzugeben, die moralisch wirkungsvollste Beurteilung jenes Artikels dar.

Wir sollten meinen, daß ein Mann, wie der badische Innenminister, dem doch mit in erster Linie die Konsolidierung der politischen Verhältnisse in Baden und die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung zu danken ist, Anspruch auf Respekt bei einem jeden Staatsbürger ergeben dürfte. Als einer der obersten Vertreter der Staatsautorität aber sollte er, zumal von einem deutschnationalen Blatt verlangen dürfen, daß es etwaige Vorwürfe gegen ihn vorher genau prüft und, falls es sie erhebt, in eine würdige und aufrichtige Form kleidet, daß es sich freihält von persönlicher Verleumdung und Berührung. Vielleicht legen sich die Verfasser dieses Artikels einmal die Frage vor, wie sich eine solche Auslassung zusammenreimt mit den Erklärungen Hindenburgs und mit den sonstigen Beteuerungen der deutschnationalen Volkspartei.

Mit dieser Methode, wie sie hier in der „Badischen Zeitung“ beliebt wird, nützt man der Staatsautorität nichts, sondern man untergräbt sie. Und das muß sich an allen Orten rächen, also auch dort, wo die Deutschnationalen ein Interesse daran haben, daß der Respekt vor einem Minister gewahrt bleibt. Es gibt ja nicht nur sozialdemokratische Minister, sondern auch deutschnationale. Dem Reichspräsidenten Hindenburg erleichtert

diese Art deutschnationaler Presse sein Amt gewiß nicht.

Vor einigen Tagen hat dieselbe „Badische Zeitung“ ihre Beschimpfungen des Freiburger Bürgerausschusses (in der Angelegenheit des städtischen Zuschusses für das 113er Denkmal) zurücknehmen und zugeben müssen, daß es in falscher Weise unterrichtet worden ist. Die Berichtigung des Innenministers wird den Eindruck verstärken, daß von dem Blatt die Politik mit einer Leichtfertigkeit betrieben wird, die überaus tadelnswert ist.

Eine Berichtigung des Innenministers Kemmele

Innenminister Kemmele hat an die deutschnationale „Badische Zeitung“, Karlsruhe, folgende Berichtigung gesandt:

In Nr. 98 Ihrer Zeitung vom 28. April ds. Js. veröffentlichten Sie unter der Überschrift „Das Verhalten der Polizei am Wahltage“ eine im wesentlichen gegen mich gerichtete Abhandlung. Unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes ersuche ich um Veröffentlichung nachstehender Berichtigung:

Berichtigung.

1. Es ist un wahr, daß ich am Wahlsonntag im „Nottaus“ bei Wein oder Bier gefessen und dem Schicksal mit Bangen und Sorgen entgegengesessen habe.
2. Es ist un wahr, daß ich „ein Kommando von 2 Offizieren und 30 Mann nach Durlach schickte, nachdem alles vorbei war“.
3. Un wahr ist auch, daß ich, der Minister des Innern, Herrn Reichskanzler a. D. Marx durch 2 Beamte der Fahndungspolizei begleiten ließ.
4. Falsch ist auch die Annahme, als ob ich einen „amtlichen Parteischutz“ als Privatperson treibe.
5. Wahr ist, daß ich mich am Nachmittag des Wahlsontags zuhause am Arbeitstisch befand, mit Unterbrechung durch einen gegen Abend unternommenen Spaziergang in den Hardtwald. Von einem Telefonanruf habe ich nichts gehört; mein Telefon war in Ordnung.
6. Wahr ist, daß alle Polizeiorgane für Fälle von Störungen der Ordnung derartige Instruktionen besitzen, daß sie jederzeit, ohne vorher erst die Genehmigung des Ministers einzuholen, in der Lage sind, das Entsprechende vorzunehmen.
7. Wahr ist, daß Schulkinder den Verkauf schwarz-weiß-roter Fähnchen den ganzen Sonntag über betätigten, obwohl eigentlich die Beschäftigung von Kindern im Straßenhandel polizeilich unzulässig ist.
8. Wahr ist auch, daß ich mich in die Bestellung polizeilichen Schutzes prominenten Persönlichkeiten gegenüber weder in diesem noch in anderen Fällen eingemischt habe. Diese Aufgabe zu regeln gehört zur Zuständigkeit der Polizeidirektion.
9. Einen „amtlichen Parteischutz“ treibe ich nicht; die Herren Reichskanzler Luther, Reichsinnenminister a. D. Jarres, Reichsaußenminister Stresemann, denen bei gelegentlichem Besuch in Karlsruhe selbstverständlich auch ein besonderer polizeilicher Schutz zur Verfügung gestellt wurde, würden die Stellung eines „Parteischutzes“ entschieden zurückgewiesen haben.
10. Wahr ist auch, daß die Entscheidung über den Einsatz von Polizei zunächst zur Zuständigkeit der Polizeidirektion gehört; dieser stand nicht das Recht zu, von sich aus Polizei nach Durlach zu schicken, solange nicht der für die Gemeindepolizei in Durlach verantwortliche Bürgermeister oder sein Stellvertreter von den Staatsorganen polizeiliche Hilfe forderte. Eine Abteilung der Bereitschaftspolizei wurde sofort in Marsch gesetzt, nachdem seitens verantwortlicher Organe ein Hilferuf vorlag, ohne daß es nötig gewesen wäre, erst den Minister des Innern zu fragen.
11. Wahr ist schließlich auch, daß ich mir über das „Schicksal“ des Herrn Marx als Kandidaten nicht mehr und nicht weniger Sorgen gemacht habe, wie etwa jeder rechtsstehende Politiker um den Sieg des Reichspräsidenten Hindenburg.

Eine Rede des Reichskanzlers Luther

B.B. Berlin, 29. April.

Vor der 45. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages hielt Reichskanzler Dr. Luther eine Rede über die Bedeutung der Wirtschaft für das Gesamtleben des deutschen Volkes.

Er wandte sich zunächst gegen den Irrtum, als ob die Wirtschaft nur einen Teil der Kräfte umfaßt, die die wirtschaftlichen Werte erzeugen. Es ist völlig unmöglich, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik in einen Gegensatz zu stellen, wenn auch das Ausmaß der sozialen Leistungen von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft im ganzen abhängt. Trotz der starken Fortschritte, die die gesamte Wirtschaft auf der Grundlage einer stabilen Währung und des Sachverständigenrats gemacht hat, sind wir von normalen Verhältnissen noch weit entfernt.

Die lebenswichtigsten Fragen für die deutsche Wirtschaft sind die Erhaltung der Produktionsmöglichkeit und der Absatzmöglichkeit, welche letztere vielfach durch den mangelnden Willen des Auslandes zur Übernahme deutscher Waren und im Inlande durch die geringe durchschnittliche Kaufkraft gehemmt wird. Die Bildung von Sparcapital in der Hand der Verbraucher darf nicht vernachlässigt werden. Zwischen den Mächten der Politik und der Wirtschaft muß gegenseitiges Vertrauen herrschen. Die Reichsregierung ist in dieser Beziehung in einer doppelten Zwangslage, weil sie außer den Bedürfnissen des eigenen Volkes noch die Reparationslasten aus der Wirtschaft herausziehen muß.

Eine Hauptfrage der Wirtschaftspolitik ist die Belastung durch die Steuern, die in vielen Einzelfällen ein unerträgliches Maß angenommen hat. Sie war aber unvermeidlich, um die Stabilisierung der Währung durchzuführen und damit die Grundlage für den Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens zu schaffen. Durch eine rasche Erledigung der neuen Steuerfrage hofft die Reichsregierung, einen erträglichen Zustand herbeizuführen. Auch die Erledigung und möglichst unveränderte Annahme der Aufwertungsfrage wird die Beruhigung bringen, ohne die ein gesundes Wirtschaftsleben nicht möglich ist.

Die Reichsregierung wird in den nächsten Tagen über die endgültige Gestaltung der Zollvorlage entscheiden. Für eine möglichst schnelle Verabschiedung der neuen Zollvorlage ist eine nüchterne Betrachtung vom Standpunkt der realen Tatsachen und vom Standpunkt der Belange aller Schichten unseres Wirtschaftslebens unerlässlich. Dies ist umso notwendiger, als auch die gesamte Außenpolitik beherrscht sein muß von der Notwendigkeit der Erziehung eines Exportüberschusses, der nur durch die Stärkung der inländischen Produktion und Erleichterung des Warenaustausches unter den Völkern erreicht werden kann.

Die deutsche Währung ist vollkommen gesichert. Die Reichsbank hat es in der Hand, den Wert der Mark stabil zu erhalten. Die Reichsregierung wird Sorge tragen, daß das Geld in Deutschland billiger wird.

In dem zweiten Teil seiner Ausführungen ging sodann der Reichskanzler auf die Bedeutung der Außenpolitik für die Wirtschaftspolitik ein, wobei er sich vor allem mit der Räumungsfrage und der Sicherheitsfrage befaßte.

Die internationale Gesamtsituation läßt sich mit der Formel umschreiben, daß die Völker immer härter das Bedürfnis empfinden, die in den großen politischen Fragen auf Europa lastende Ungewißheit beseitigt zu sehen. Eine dahingehende Politik muß selbstverständlich von der Räumung der besetzten Gebiete ausgehen und kann nicht willkürlich ihre Richtung ändern. Unsere Hoffnungen in der Räumungsfrage sind dazu Anfang dieses Jahres enttäuscht worden und das Deutschland angehende Unrecht besteht noch immer fort. Seit 3 1/2 Monaten warten wir vergeblich auf eine substantiierte Begründung für die Nichträumung. Die Notwendigkeit einer schnellen Verwirklichung der Räumung ist indes keineswegs ein deutsches Sonderinteresse. Die gesamte europäische Politik krankt an der Verzögerung dieser Frage. Seither hat sich die Reichsregierung nicht abhalten lassen, an der Lösung der künftigen europäischen Fragen nach besten Kräften positiv mitzuarbeiten.

Diesem Ziel sollten die Bemühungen der Reichsregierung in der Sicherheitsfrage dienen. Deutschland kam in seinem entworfenen Zustand auch seinerseits mit Recht eine Forderung nach Sicherheit erheben. Es hat umsonst ein Interesse daran, sich auf dem Vertragswege gegen zukünftige Angriffe zu schützen, als es, wie bei dieser Gelegenheit betont sei, keinen Krieg führen will, und nach den Feststellungen der Sachverständigen auch keinen Krieg führen kann. Es ist selbstverständlich, daß der von der Reichsregierung eingenommene Standpunkt in der Sicherheitsfrage unverändert besteht.

Die Sicherheitsfrage ist im übrigen ein zu schwieriges Problem, als daß es rasch wäre, sie monogisch durch das Hereingehen anderer Probleme zu lösen. Wenn aber die Mächte die Behandlung der Sicherheitsfrage so beschleunigten, daß sie zugleich mit der selbstverständlich nicht zu verzögernden Räumungsfrage erledigt werden kann, und wenn auf diese Weise die Gesamtverständigung erleichtert würde, so wäre das von Deutschland durchaus zu begrüßen. Die bisherigen öffentlichen Äußerungen der alliierten Staatsmänner haben nirgends einen grundsätzlichen Widerspruch gegenüber einer gemeinsamen Regelung der Sicherheitsfrage ausgedrückt. So bleibt die Ansicht offen, daß ein positives Ergebnis erzielt wird.

Sobald die dringendsten Probleme geregelt sind, scheint mir der Weg offen zu sein für den Wiederaufbau Europas in politischer, wirtschaftlicher und moralischer Beziehung. Nirgends wird die Beschleunigung dieser Entwicklung mehr gewünscht als in Deutschland. Die deutschen Staatsmänner und die deutschen Wirtschaftler werden es niemals daran fehlen lassen, ihren Teil zur friedlichen Verständigung und zur solidarischen Zusammenarbeit der Völker beizutragen.

B.B. London, 30. April. Die Morgenblätter veröffentlichen die gestrige Rede des deutschen Reichskanzlers. Der Berliner Korrespondent der Daily News hebt hervor, daß in dieser Erklärung durch das Programm des Reichskanzlers Hindenburgs eigene Politik bekräftigt werde. Hindenburgs Zustimmung zu der jetzigen deutschen Politik stelle einen Triumph für den Außenminister Stresemann dar, gegen den die extremen Nationalisten wegen seiner Unentbehrlichkeit besonders erbittert seien.

B.B. New York, 30. April. (Funkspruch.) Die Morgenausgabe der „World“ schreibt über die Rede Luthers, der Kanzler habe mit großem Nachdruck gesprochen und seine Rede habe noch eine besondere Bedeutung dadurch erhalten, daß er kurz zuvor mit Hindenburg unterhandelt habe. Je schneller sich alle Augen auf die wichtigen Fragen richteten, deren Beratung der Kanzler fordere, umso eher würde die Welt wieder gefunden. Die Zukunft der monarchistischen Bewegung in Deutschland liege weniger in der Hand Hindenburgs als in den Händen derjenigen Staatsmänner, die sich mit der Sicherheitsfrage, mit der Frage der Entlohnung, der Räumung der Kölner Zone und des Ruhrgebietes und der Durchführung des Dawes-Planes zu befassen hätten.

Die Tagung der wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände Badens

Die Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände Badens veranstaltete, wie gemeldet, am Dienstag abend im Keinen Festhallsaal zu Karlsruhe ein geselliges Zusammenkommen, dem von badischen Regierungsvertretern Staatspräsident Prof. Dr. Hellpach, Innenminister Kemmele und Justizminister Truntz, ferner Landtagspräsident Dr. Baumgartner und andere Parlamentarier, sowie Oberbürgermeister Dr. Winter beizuhuten. Ferner waren zahlreiche Vertreter des Handels und der Industrie, der Landwirtschaft, der Künste und Wissenschaften, der Presse usw. erschienen. Der Zweck der Veranstaltung war, die Vertreter von Handel, Industrie und Landwirtschaft mit maßgebenden Persönlichkeiten in Führung zu bringen. Die Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände umfaßt die badischen Handels- und Handwerkskammern, die landwirtschaftlichen Organisationen, die Organisationen der Textilindustrie, des Einzelhandels, des Großhandels, die Fabrikanten- und Exportvereinigungen.

Der Vorsitzende

Präsident der Mannheimer Handelskammer und des Bad. Industrie- und Handelstages führte in seiner Begrüßungsansprache folgendes aus:

Wenn die Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände mit der heutigen Veranstaltung erstmals in die Öffentlichkeit tritt, so tut sie das, weil wir das Recht, wenn nicht sogar die Pflicht zu haben glauben, dem Lande, dessen Wirtschaft unsere Aufmerksamkeit und Überlegung und unsere Arbeit gilt, Kenntnis davon zu geben. Entstanden ist die Wirtschaftliche Vereinigung zu einer Zeit, wo noch das schlimmste Chaos der Revolutionszeit herrschte und in seinem Gefolge ein lähmendes Mißtrauen, ein zerstörender Kampf aller gegen alle. Besonders betrüblich und gefährlich war die Geistesverwirrung zwischen Stadt und Land, Industrie und Handel einerseits und Landwirtschaft und Forstwirtschaft andererseits. In den fünf Jahren, die inzwischen vergangen sind, ist vieles anders geworden, manches besser. Vor allem ist die Erkenntnis wohl Allgemeingut geworden, das nicht, wie man um das Jahr 1920 zu wissen glaubte, einer oder mehrere Stände die Kriegs- und Nachkriegsgewinner geworden sind, sondern daß das gemeinsame Erbe aller Berufsgruppen eine allgemeine grausame Verarmung und Erschöpfung der Existenzbedingungen bildet.

Nicht so in der Anschauung der großen Masse des Volkes eine begründete Wertschätzung eingetreten, so fehlt doch noch viel zu der notwendigen Erkenntnis, daß die menschliche Arbeitskraft fast der einzige Reichtum ist, der dem deutschen Volke geblieben ist, und daß nur eine möglichst überlebensfähige Einsetzung, eine vollkommen ökonomische Ausnutzung dieser Arbeitskraft uns Aussicht gewährt, aus dem tiefen Falle zu erholen, und die Möglichkeit bietet, ungeachtet der uns aufgebürdeten unerhörten Lasten auf eine Verbesserung der so stark gedrückten Lebenslage unseres verarmten Volkes zu hoffen.

Wie kann nun diese Zusammenarbeit, diese Zusammenfassung aller Kräfte erreicht werden? Die Parlamente sind dazu nicht genügend neutraler Boden. Dort wird zuviel Interessenspolitik getrieben, müssen zu viele Rücksichten genommen werden. Deshalb war es und ist es unsere Meinung, daß die Führer aus Industrie, Handel, Handwerk, Land und Forstwirtschaft an dieses so hohe und ernste Problem herantreten sollen um durch gegenseitige Aussprache, durch Erfassen und Kennenlernen der Not und Lebensbedingungen der verschiedenen Berufe sich zu einer gerechten Würdigung der zu überwindenden Schwierigkeiten, zu einer sachlichen Stellungnahme den Gesetzesvorschlägen gegenüber, zu einem besseren Verständnis und zu zutreffender Kritik der Regierungsmassnahmen nach innen und außen zu leiten. Bei den unbestreitbaren Interessengegenständen ist es gewiss nicht immer möglich, die Ansichten und Wünsche auf eine gemeinsame Mittellinie zu bringen, wenigstens die Erfahrung gelehrt hat, daß dies viel öfter und weitergehend der Fall ist, als es gemeinlich angenommen wird. Aber schon die vertrauensvolle Aussprache, das tiefe Eindringen in die Bedürfnisse und Verhältnisse der verschiedenen Stände bringt die Berufe einander näher, nimmt den Auseinandersetzungen die verletzende und trennende Schärfe, ebnet den Weg zu dem Kompromiß, der im Interesse der Gesamtheit gefunden werden muß.

So wichtig unsere Arbeit aus den aufgezählten Gründen in den vergangenen Jahren gewesen ist, ebenso bedeutsam wird sie sich in Zukunft gestalten. Aufserordentlich wichtige Entscheidungen stehen dem deutschen Volke bevor: die Neugestaltung unserer Steuerfrage und die gerechte Verteilung der Lasten auf die verschiedenen Berufsstände, die Verabschiedung der sogenannten kleinen Zolltarifnovelle, und damit im Zusammenhange der Schulpflicht, der Land- und Viehwirtschaft, der Aufbau unserer Sozialgesetzgebung, allem voran die Regelung der Arbeitszeit, und die Entscheidung, ob wir dem Washingtoner Abkommen beitreten sollen; gar nicht zu sprechen von den Fragen der großen Politik, dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, der Ausgestaltung des Garantiepaktes — um nur einige wenige der für unsere Wirtschaft schwerwiegendsten Fragen zu nennen. Wir werden in Baden keine ausschlaggebende Entscheidung zu treffen haben; aber es wird außerordentlich wertvoll auch für unsere Regierung sein, wenn die Führer unserer heimischen Wirtschaft zu einer gemeinsamen Auffassung in vielen dieser Fragen gelangen können. Und viel wirksamer wird es sein, wenn es den Anschein hat, unser badisches Vorgehen in anderen deutschen Ländern zur Nachahmung zeigen und eine bessere, lebensschonendere Verständigung der einzelnen Berufsstände herbeiführen könnte. Denn letzten Endes handelt es sich bei dem Komplex der Fragen, die zu lösen sind, um nichts Geringeres, als um die Zukunft unseres Volkes. Nicht in dem Sinn, ob wir als Nation, als einiges deutsches Volk weiter existieren werden — diese Frage ist, wie ich vertraue, in den schweren, unheilvolleren Jahren, die hinter uns liegen, endgültig entschieden worden (Bravo!) — wohl aber in der Hinsicht, wie schnell und umfassend unser Aufstieg sich gestalten wird. Gerade hier bedeutet die so beklagenswerte deutsche Zersplitterung eine furchtbare Gefahr. Nur zu sehr sind wir geneigt, uns von Schlagwörtern leiten zu lassen, von gegenseitigem Mißtrauen befeuert durch berechtigte Einwendungen, lebenswichtige Bedürfnisse einzelner Stände gering zu achten, in feindselige Lager gespalten unseren Gegnern willkommene Angriffspunkte zu bieten, unseren Verhandlungsleitern ihre Aufgabe unendlich zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen. Jetzt beherrscht die Frage der Regelung unserer Handelsbeziehungen zu dem Ausland, der Abschluß der Handelsverträge, die deutsche Öffentlichkeit. Und das mit Recht. Denn bei der Armut unseres Landes an Rohprodukten und der daraus entstehenden Abhängigkeit unserer Wirtschaft vom Aus-

lande, der Notwendigkeit, diese Bezüge möglichst weitgehend durch deutsche Arbeit in Form von Warenverkäufen nach dem Auslande zu beziehen, ist es für uns von der größten Bedeutung, an dieser notwendigen Ausfuhr nicht durch unüberwindliche Zollmauern behindert zu sein. Aber so ungemein wichtig die Verbesserung unserer Ausfuhrmöglichkeiten auch ist, wir dürfen nie vergeßen, daß 30 Prozent der deutschen Erzeugung im Inlande vertrieben werden, daß auch in den besten Vorkriegsjahren das Verhältnis zwischen Inlandsverbrauch und Auslandsabsatz nie viel anders gewesen ist, und daß daher noch wichtiger als der Export die Frage ist: Wie steigern wir die Kaufkraft, die Lebenshaltung des deutschen Volkes, d. h. des deutschen Volks?

So werden wir von der Betrachtung der Auslandsfragen sofort wieder zurückgeführt zu unseren innerdeutschen Sorgen, zu dem Problem der Arbeitslosen, der Wohnungsnot, den den Kriegsbeschädigten, der Sozialrentner, die alle nicht die Konsumenten sind, die sie für die deutsche Wirtschaft sein könnten und werden müssen.

An diesem kurzen Überblick will ich es genügen lassen. Ich wollte Ihnen nicht aufzeigen, welche Fragen uns beschäftigen, sondern beweisen, daß diese Fragen allen Berufsständen beinahe in gleicher Weise am Herzen liegen müssen, und eine befriedigende Lösung nur gefunden werden kann, wenn alle Berufsgruppen sich an der Arbeit beteiligen. Daß die Unternehmer nur einen Teil des deutschen Volkes bilden, ist uns natürlich wohl bewußt. Wenn wir uns auf die Zusammenfassung der Unternehmerverbände beschränken, so deshalb, weil eine gedeichliche Arbeit nicht geleistet werden kann, solange die einzelnen Gruppen unter sich uneinig, sich bekämpfend und beargwöhnend, so daß selbst eine Regierung, die bestrebt ist, den Unternehmern als wichtigsten Trägern der Wirtschaft nach Kräften zu helfen, nicht weiß, welcher Seite sie Gehör schenken soll. Die Vorbedingung einer Wiederaufrichtung der Wirtschaft ist daher eine Verständigung ihrer einzelnen Gruppen unter sich. Unser Leitgedanke ist das Wohl unseres schönen Baden Landes, das Ziel unserer Anstrengung die Zusammenfassung aller Kräfte, die Einigung aller zum Wiederaufbau berufenen und geeigneten Kräfte. So glaube ich denn — und die Erfahrung der letzten fünf Jahre liefert dafür den Beweis — daß der Zusammenschluß der badischen Unternehmerverbände ein Bedürfnis für unsere heimische Wirtschaft und, daß er berufen und imstande ist, neben und für den Landtag wertvolle Arbeit zu leisten zum Segen und zum Vorteil unserer geliebten badischen Heimat (Beifall).

Es sprach dann Generaldir. Schön namens der von ihm vertretenen Organisation des Genossenschaftsverbandes, der zu den Gründern der Wirtschaftlichen Vereinigung zählt, des ferner wies Generaldirektor Dr. Kneuper in seiner Begrüßungsansprache auf den Sinn der Gründung der Wirtschaftlichen Vereinigung hin: Die Erhaltung, die Inangabehaltung der Wirtschaft während der Revolutionszeit auch den höheren Gedanken der Erhaltung von Volk und Vaterland.

Darauf nahm Staatspräsident Prof. Dr. Hellpach zu der bereits gemeldeten Ansprache das Wort.

Anschließend an die Ausführungen des Staatspräsidenten Dr. Hellpach führte

Landtagspräsident Dr. Baumgartner

aus:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Haben Sie keine Sorge, daß ich Ihnen eine lange Rede halten werde; ich erachte es jedoch für meine Pflicht, namens der badischen Volksvertretung Ihnen für Ihre freundliche Einladung zu danken. Soweit die badischen Landtagsabgeordneten heute in Kommissionen beschäftigt waren, sind sie auch zu einem ganz erheblichen Teile hierher gekommen, um mit Ihnen einige Stunden zu verleben und vor allem auch, um anzuhören, was Sie uns, den Parlamentariern, zu sagen haben; ich glaube, gar mancher von uns Politikern hat denn auch aus den Ansprachen so manches darüber erfahren können, wofür die Wünsche der Vertreter der großen wirtschaftlichen Verbände zielen.

Dann aber darf ich Ihnen wohl auch das eine sagen: Gerade die Tatsache, daß die badischen Unternehmerverbände sich in eine lose wirtschaftliche Vereinigung zusammengefaßt haben, gibt uns das Recht, zu behaupten, daß nun erst recht ein Parlament notwendig ist, um dann seinerseits die Gegenläufe, die ja doch einmal sich irgendwie praktisch auswirken müssen — wenn es sein muß auch per maiora — zur Entscheidung und Auswirkung zu bringen. Da ist es doch sehr angebracht, daß in den Parlamenten außer den Wirtschaftsvertretern auch noch andere Personen sitzen, die weder dem einen noch dem anderen Wirtschaftsverbande, weder dieser noch jener wirtschaftlichen Gruppe angehören. Wenn man so all die vielen gutdächlichen Äußerungen zu verschiedenen Steuererleichterungen durchläuft, wie sie — trotz Wirtschaftlicher Vereinigung — von den verschiedenen Gruppen an das Parlament gelangen, dann gewinnt man den Eindruck, daß in dieser Wirtschaftlichen Vereinigung zwar sehr wertvolle Arbeit der gegenseitigen Verständigung und des Ausgleichens geleistet werden kann und auch geleistet wird — daß aber letzten Endes doch das Parlament die Entscheidung über solche Fragen fällen und dabei aufs Sorgfältigste all diejenigen Interessen abwägen muß, die sich darin in das Gesamtinteresse des Staates einfügen müssen.

So werden Sie es verstehen, wie lebhaft wir es begrüßen, wenn wir jeweils durch Sie die Stellung der einzelnen Verbände und der einzelnen Wirtschaftsgruppen kennen lernen; Sie werden es aber auch verstehen, wenn wir im Parlamente unsererseits nicht alle Wünsche berücksichtigen können; denn sonst kämen wir überhaupt niemals zu einer Entscheidung, weil oft, sehr oft, die Wünsche einander diametral gegenüberstehen.

Wir begrüßen deshalb diese Vereinigung, die Sie selbst sich seit einer Reihe von Jahren geschaffen haben, und wir werden es noch viel mehr begrüßen, wenn diese große wirtschaftliche Vereinigung es sich auch angelegen sein ließe, mit der Arbeitnehmerschaft auch in einen entsprechenden Zusammenhang zu kommen, um von da aus das große Gesamtwirtschaftsinteresse der beiden großen Volksgruppen dann in das Staatsganze einzufügen. Solange es nicht in dem Umfang vorhanden ist, wie wir es für nötig halten, werden Sie begreifen, wenn ich sage, daß das Parlament und seine Arbeit auch gerade auf diesem Gebiete eine absolute Notwendigkeit ist — in den Augen vielericht mancher Wirtschaftsführer sogar ein notwendiges Übel (Geleier!).

Meine sehr verehrten Herren! Sie haben aus den geistvollen Vorlesungen des Herrn Staatspräsidenten entnehmen können, daß nach dem in Deutschland geltenden Prinzip der Demokratie in unserem Volksstaate sich die Minderheit der Mehrheit zu fügen hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß alle diejenigen, die bei der Reichspräsidentenwahl sich in ihrem Kandidaten als unterlegen fühlen — und dazu zähle ich für meine Person und die Partei, der ich zugehöre — das Ergebnis der Wahl würdigen und dem neuen Reichspräsidenten die schuldige Ehrerbietung allezeit entgegenbringen werden, so wie wir sie auch dem verstorbenen Reichspräsidenten entgegengebracht haben (Bravo!). Das ist eine so selbstverständliche

Sache für einen auf demokratischem Boden stehenden Politiker, daß darüber gar nicht zu sprechen ist.

Auf wirtschaftlichem Gebiete betrachte ich es ebenso aber als eine Selbstverständlichkeit, daß jeder einzelne Wirtschaftsvertreter und jeder einzelne Wirtschaftsverband — und das ist auch von Ihren Vertretern ausgesprochen worden — sich nur als dienendes Glied in dem großen Ganzen unseres staatlichen und politischen und wirtschaftlichen Lebens betrachtet und demgemäß auch seine ganze Kraft in den Dienst unseres Volkes und unseres Vaterlandes stellt. Und unser Volk und Vaterland ist es ja, dem wir alle dienen wollen. Ihm wünschen wir eine neue Blüte, den Wiederaufstieg aus dem Niedergang, den Wiederaufstieg, der, so Gott will, hoffentlich nicht allzulange auf sich warten läßt. (Beifall.)

Das Programm verzeichnete im Folgenden drei Referate über

Die internationalen Beziehungen der wirtschaftlichen Organisationen

Der erste Redner Prof. Dr. Blaustein führte u. a. aus, äußern Anlaß über die internationalen Beziehungen der wirtschaftlichen Organisationen zu sprechen habe die Veranstaltung einer Reihe von Tagungen internationaler Wirtschaftsorganisationen gegeben, die im Frühjahr stattfinden und ferner, daß die Vereinigung der Unternehmerverbände Badens von Anfang an rein orientierende Referate über diejenigen Einrichtungen veranstaltet, die von anderen Wirtschaftsständen geschaffen sind. Vor allem sollen die Versammelten in unserem Grenzland Baden Interesse an diesen Einrichtungen und Problemen nehmen. Der Referent kam dann auf die zwischenstaatlichen Vereinigungen ganz oder halbamtlichen Charakters, die sogenannten Unionen des völkerverrechtlichen Verkehrs, wie sie auch vor dem Kriege bestanden, zu sprechen. Der zweite Referent erörterte eingehend die Ziele der internationalen Mittelfractionsunion und kam dann auf den im Jahre 1924 erstmalig in Paris stattfindenden internationalen Kongress der Wirtschaftlichen Verbände zum Schutze des Privatigentums und der Erhebung zu sprechen. Der dritte Referent des Abends, Generaldirektor Dr. Hengemann sprach über die Bedeutung des internationalen Landwirtschaftlichen Instituts in Rom. Der weitere Teil des Abends war einem sprachlosen Beisammensein und persönlichen Gedankenaustausch gewidmet.

Deutscher Reichstag

Reichstag, 29. April.

Die Staatsberatung wird beim

Postministerium

fortgesetzt. Ein kommunistischer Redner nennt die Post ein kapitalistisches Institut, das durch die hohen Gebühren den Arbeiter verhöhne, sich z. B. des Fernsprechers zu bedienen. Von dem nationalen Seite werden die Personalverhältnisse bei der Post für unbefriedigend gehalten. Grund zur Klage hätten die aus dem Militärverwaltungsbereich herbeigezogenen Beamten. Die Wartungsbeamten müßten nach Möglichkeit wieder eingestellt werden, da der Postverkehr sich in einem erfreulichen Aufschwung befindet. Die Zahl der Rundfunkempfänger sollte vermehrt werden.

Reichspostminister Stinagel sagt die möglichste Berücksichtigung der Wünsche zu. In der Befragungserfrage sei der Post an die Maßnahmen des Reiches gebunden. Er tue das Mögliche, um die Wünsche der Postbeamten zu befriedigen. Der Minister sagte zu, daß der Mittelstand und das Handwerk der Regierung möglichst berücksichtigt werden sollen. Eine Ermäßigung der Fernsprechtsgebühren sei wegen des erwarteten Ausfalles nicht möglich. Der Antrag zum Fernsprecher sei nach wie vor gewaltig. 30 000 Neuanmeldungen konnten noch nicht erledigt werden. Eine Abnahme der Zahl der Anschlüsse sei nirgends eingetreten. Die Klagen über die Unzuverlässigkeit der Gesprächszähler seien nicht berechtigt (Widerspruch). Bei der Einziehung der Fernsprechtsgebühren sollten Härten vermieden werden. Bei Gesprächsteilnehmern, die nicht gemühtgemäß die Zahlungsrufen vernehmen, sollte eine noch mäßige mündliche Mahnung erfolgen. Der Mundfunk müsse selbstverständlich überparteilich sein. Von einer Gebührenermäßigung könne für absehbare Zeit keine Rede sein. Er sei seinen Beamten immer wohlwollend gegenübergetreten. (Abg. Leicht (D. Wpt.)) Der Postminister sei kein Diktator, er könne nicht immer wie er wolle. Man müsse anerkennen, daß die Post sich jetzt selbst finanziere und sogar Mühlagen mache. Trotzdem sei sie nicht kapitalistisch. Sie verfolge jedoch wirtschaftlich zu arbeiten und berücksichtige auch die kulturellen Interessen. Sie solle auch für das flache Land. Die Einstellung der Sonntagsbestellung in Bayern habe sich durchaus bewährt.

Nach weiterer Debatte ist die zweite Lesung des Postgesetzes beendet.

Das Haus verlagert sich auf Donnerstag 2 Uhr: Rede des Finanzministers über die Steuer- und Aufwertungsgegenstände, Etat des Wirtschaftsministeriums. Schluß 1/6 Uhr.

Der Kabinettsrat des Reichstages

Am Mittwoch beschloß über den Geschäftsgang des Plenums in der nächsten Zeit. Die Plenarsitzung wird am heutigen Donnerstag mit der großen Rede des Reichsfinanzministers über die Steuer- und Aufwertungsgegenstände beginnen. In der nächsten Woche wird sich der Reichstag mit den Finanzvorlagen beschäftigen und zwar getrennt, zunächst mit den Steuergegenständen vom Montag bis Mittwoch und dann mit dem Aufwertungsgegenstände am Freitag und Samstag. Der dazwischen liegende Donnerstag bleibt wegen der Festlichkeiten zur Einweihung des Deutschen Museums in München freigegeben, da Reichsregierung und Reichstag an diesen Festlichkeiten teilnehmen werden. Der für die Vereidigung des neuen Reichspräsidenten vor dem Reichstag in Aussicht genommene Termin des 9. Mai wird nicht innegehalten werden können, da dieser Termin davon abhängt, ob das Wahlprüfungsgericht seine Arbeit zur Prüfung der Wahl des Reichspräsidenten bis dahin beendet hat. Es ist möglich, daß die Vereidigung am 11. oder 12. Mai stattfindet.

Eine sozialdemokratische Interpellation

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der es heißt: Die Wahltagung eines Teiles der Parteien, die die Kandidatur des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg aufgestellt hatten, richtete sich gegen die republikanische Staatsform und mit besonderer Heftigkeit gegen die bisherige Linie der deutschen Außenpolitik. Wir richten deshalb an die Reichsregierung die Frage, ob sie glaubt, unter den geänderten Verhältnissen an der bisherigen Außenpolitik festhalten zu können.

Der neue Polizeipräsident von Berlin. Die Ernennung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Oberregierungsrat Grzesinski zum Polizeipräsidenten von Berlin wird den Morgenblättern zufolge amtlich bestätigt.

Die Reichspräsidentenwahl

Marx an Hindenburg

Reichstag, 30. April. Reichskanzler a. D. Marx hat von Sigmaringen aus an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg folgendes Schreiben gerichtet: „Das deutsche Volk hat Eure Erzählung zum Reichspräsidenten gewählt. Es spricht dem Geiste echter Demokratie, daß nunmehr Jeder, der sich zu ihr bekennt, zur Entscheidung der verfassungsmäßigen Mehrheit des Volkes steht. Darum ist es mir ein Bedürfnis, Eure Erzählung meinen aufrichtigen Wunsch und die Hoffnung auszudrücken, daß unter Ihrer Präsidenschaft das deutsche Volk die innere Ruhe und den äußeren Frieden finden möge, wonach unser aller Streben geht. Möge der eingeleitete wirtschaftliche Gesundungsprozess zum Segen von Volk und Reich ungehindert fortschreiten; möge die Durchdringung des ganzen öffentlichen Lebens mit wahrhaft demokratischem und sozialem Geiste jene Krankheitsercheinungen heilen, die der Krieg und Deutschlands Zusammenbruch hinterlassen haben, und somit die stillige Meinung und Erneuerung unseres Volkes beschleunigen; möge es unserm deutschen Volke vergönnt sein, auf dem eingeschlagenen Wege der internationalen Verständigung in Frieden und Wohlfahrt recht bald wieder die Stelle in der Welt einzunehmen, auf die es dank seinen Fähigkeiten und seinen Leistungen Anspruch hat. Mit der Versicherung meiner besonderen Hochachtung bin ich, Eure Erzählung ergebener Marx, Reichskanzler a. D.“

Reichstag, 30. April. * In der Meldung eines Berliner Blattes, daß Reichspräsident Loh gestern in Hannover gewesen sei, um mit dem neuen Reichspräsidenten von Hindenburg über das Programm der Vereidigung im Reichstage zu sprechen, wird von zuständiger Seite erklärt, daß diese Reise nicht stattgefunden hat. Die ersten Vereinbarungen über die Formalitäten der Vereidigung im Reichstage und über den Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten sind zwischen dem Reichskanzler Dr. Luther und Herrn von Hindenburg getroffen worden. Nähere Einzelheiten werden mit dem Staatssekretär Weisner vereinbart. Das erste Zusammenreffen des neuen Reichspräsidenten mit dem Reichstagspräsidenten wird erst nach dem Eintreffen von Hindenburg in Berlin stattfinden.

Politische Neuigkeiten

Die Landwirtschaftspolitik des Reichs

Im Haushaltsausschuß des Reichstages, der in die Beratung des Etats des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft eintrat, führte Reichsernährungsminister Graf Reuss am Mittwoch in einem kurzen Überblick über die Lage der Landwirtschaft u. a. aus:

Die Getreideernte biete, soweit man bis jetzt übersehen könne, gute Aussichten. Die Viehzucht hat sich wesentlich, die Einfuhren ausländischen, insbesondere Geflügels, ist stark zurückgegangen. Die Milchversorgung hat sich im erstaunlichen Maße, so daß man den letzten Rest der Zwangswirtschaft wohl bald werde beseitigen können. Deutschland könne seinen Milch- und Butterbedarf aus eigener Produktion decken. Die Kartoffeln seien gut überwintert. Die Futterproduktion erreichte im vergangenen Jahre schon wieder die Ausfuhr von 28 Millionen Tonnen gegenüber etwa 8 Millionen im Frieden. Der deutsche Weinbau, Obst- und Gemüsebau bedürfe eines genügenden Jollshubes. Der deutsche Waldbesitz liege durch den Forstleutenfraß. Die Regierung bemühe sich hier zu helfen. Der Minister dankte ferner dem amerikanischen General Alles für die tatkräftige Hilfe bei der Windernternte, die soweit die Auslandshilfe in Frage kommt, im laufenden Jahre abgeschlossen ist.

Die Kreditlinie der Landwirtschaft erfordert, wie der Minister weiter ausführte, dringende Abhilfemaßnahmen. Die Handelsvertragsverhandlungen erfordern einen lückenlosen Volltarif. Erst wenn die deutschen Landwirtschaftszölle feststehen, wird man beträchtliche Zölle für die Industrie erhalten können. Der Minister beantragt die Bereitstellung von 5 Millionen für die tatkräftige Intensivierung der deutschen Landwirtschaft, deren Erzeugung um ein Drittel gehoben werden könne.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung antwortete der Minister auf die Ausführungen des Reichsernternte Dietrich-Waden (D.), bezüglich der Kreditfrage, daß es bisher nicht gelang, die Zinsätze für die Landwirtschaft herabzusetzen. Er erhoffe von der zu schaffenden Rentenbankkreditanstalt eine Besserung.

Kurze Nachrichten

Teilnahme des Reichskabinetts an der Einweihung des Deutschen Museums in München. Auf Einladung des Schöpfers des Deutschen Museums, Erz. v. Müller, wird der Reichskanzler mit den beteiligten Ministern sich zur Einweihung des Deutschen Museums in zwei Junter-Großflugzeugen auf dem Luftwege nach München begeben. Prof. Junker selbst wird das Reichskabinetts auf seinem Flug nach München begleiten.

Regnabildung Zeigners? Der Rechtsausschuß des sächsischen Landtages hat nach Meldungen aus Dresden einen von der sozialdemokratischen Partei gestellten Antrag, die Regierung zu ersuchen, eine Regnabildung des früheren Reichspräsidenten Dr. Zeigner in Erwägung zu ziehen, angenommen. Ein Antrag auf allgemeine Amnestie in Sachsen wurde vom Ausschusse verworfen.

Zeitschriftenschau

Noland. Das soeben erschienene Heft 15 des „Noland“ zeichnet sich wiederum durch reichhaltigen Inhalt und gediegene Ausstattung aus. Ein zeichnerischer Artikel befaßt sich mit den Köpfen von republikanischen Staatsoberhäuptern, ein anderer, „Theaterspektrom 1925“ betitelt, gibt einen Querschnitt durch das heutige Theaterwesen. Politische, volkswirtschaftliche und Modernartikel, sowie eine feinpointierte Novelle von Franz Mei verleihen auch diesem Heft den Charakter der weit über dem Tagesniveau stehenden Revue.

Die polnische Regierung hat eine Bestimmung erlassen, wonach alle Postfächer die polnischen Ortsaufschriften zu tragen haben. Weiten Kreisen sind die neuen Bezeichnungen noch nicht geläufig. Deshalb werden Industrie, Handel und Verkehr ein Werk willkommen heißen, das unter dem Titel „Die von Deutschland nach dem Friedensvertrage von Versailles abgetretenen Orte und Eisenbahnstationen mit Postanknoten mit ihren früheren und jetzigen Namen“ im Geographischen Institut in Berlin W 85, Potsdamerstraße 110 erschienen ist (Preis RM. 1,50). Das 68 Seiten starke Werk bringt neben den früheren deutschen Namen die Übersetzung in der Sprache des Landes, an welches der Ort abgetreten werden mußte.

Badischer Teil

Der Landtag

hat, wie schon mitgeteilt, seine gesetzgeberischen Arbeiten am vorigen Dienstag wieder aufgenommen. Am gestrigen Mittwoch haben alle Fraktionen Sitzungen abgehalten. Die nächste Plenarversammlung findet am Mittwoch, 6. Mai, statt. (Tagesordnung siehe weiter unten.) Durch die Reichspräsidentenwahlen war der Landtag sowohl im März wie im April längere Zeit an der Fortführung seiner Tätigkeit behindert. Das muß er in den nächsten drei Monaten einholen, denn Ende Juli spätestens Anfang August tritt Landtagschluss ein. Und im Herbst sind die Neuwahlen zu vollziehen.

So wird also das badische Parlament sehr eifrig seinen Aufgaben obliegen müssen, damit es die ihm von der Regierung zu bearbeitenden Gesetzesvorlagen und die Anträge aus dem Hause selbst bis zu der angegebenen Zeit bewältigen kann.

Die nächste öffentliche Landtagssitzung

findet am Mittwoch, den 6. Mai, vormittags 11 Uhr statt. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Mündliche Berichte des Geschäftsausschusses und Beratung über die Anträge.
1. der Staatsanwaltschaft Karlsruhe auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Kolthar Mager. Berichterstatter Abg. Wittmann.
2. der Staatsanwaltschaft Mannheim auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Jakob Ritter. Berichterstatter Abg. Wittmann.
1. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über:
 1. den Gesetzentwurf über die siebte Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes. Berichterstatter Abg. Hüger;
 2. den Gesetzentwurf über die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke des Badenwerts. Berichterstatter Abg. Marx;
 3. die Mitteilung des Herrn Ministers des Innern vom 25. April 1925, Förderung des Wohnungsbaues im Jahre 1925, hier Arbeitgeberzuschüsse des Staates zu den Wohnungen für seine Beamten und Arbeiter. Berichterstatter Abg. Dr. Glöckner.
- III. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfrage der Abg. Hagin u. Gen., Postverhältnisse auf dem Lande.
- IV. Mündliche Berichte des Ausschusses für eine Anzahl Gesetze und Beschwerden und Beratung darüber.

Das Rheinregulierungsprojekt genehmigt

Reichstag, 30. April. Zur Tagung der Zentralkommission für Rheinschiffahrt veröffentlicht „Gavas“ folgende Mitteilung:

Die Zentralkommission für Rheinschiffahrt hat heute (Mittwoch) vormittag ihre Frühjahrssitzung in Straßburg beendet. Im Laufe dieser Tagung hat sie die laufenden Verwaltungsgeschäften, die auf ihrer Tagesordnung standen, erledigt. Sie hat die Verordnung vom 14. Dezember 1922 über die Ausstellung von Rheinschiffahrtspatenten durch einen Artikel veroullständigt, der bezweckt, für einen Zeitraum von 2 Jahren die Ausstellung von Patenten an Schüler der auf Grund des Abkommens von 1898 errichteten Schifferschule zu erleichtern. Ferner ist eine Abänderung der Verordnung über die Mindestbesatzung auf den Rheinschiffen vereinbart worden, die den neuesten technischen Errungenschaften auf dem Gebiete der Binnenschiffahrt Rechnung trägt. In der Frage der Abschaffung der Sichtvermerke auf den Schifferpässen wurde festgestellt, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien einen guten Verlauf nehmen und daß demnach mit der baldigen Inkraftsetzung einer einheitlichen Rechtsordnung zwischen den Uferstaaten gerechnet werden kann. — Der Ausschuss für die Vereinheitlichung des Privatrechts in der Binnenschiffahrt hat der Kommission über den Stand seiner Arbeiten Bericht erstattet. Es wurde ein Entwurf zu dem Abkommen über die Registrierung der Schiffe unter dem Gesichtspunkte der dringlichen Rechte in erster Lesung angenommen, der Ende Oktober in zweiter Lesung nachgeprüft werden soll.

Die Kommission hat von dem am 4. März 1925 abgefaßten Bericht des Ausschusses Kenntnis genommen, der damit beauftragt war, das von der Schweiz in Ausführung des Beschlusses vom 10. Mai 1922 vorgelegte Rheinregulierungsprojekt zwischen Basel und Straßburg und das von Frankreich in Ausführung des Artikels 358 des Versailler Friedensvertrages eingebrachte Projekt der sieben Seitenarme des Rheinschiffahrtskanals, die unterhalb Kembs liegen, zu prüfen. Sie hat in Ausführung der Artikel 358 und 359 des Versailler Friedensvertrages das Rheinregulierungsprojekt genehmigt und festgestellt, daß das Projekt für die Seitenarme die in dem obengenannten Artikel 358 angegebenen Bedingungen erfüllt, u. a. mit gewissen Vorbehalten. Der endgültige Wortlaut des Beschlusses wird unverzüglich veröffentlicht werden. Die deutschen Bevollmächtigten haben sich an der Abstimmung über diesen Beschluß nicht beteiligt.

Losbtrieb aus nicht zugelassenen Lotterien

In neuerer Zeit werden in Baden wieder häufig Lose der Hamburger Staatslotterie und der Sächsischen Landeslotterie zum Verkauf angeboten. Die Lose dieser beiden Lotterien sind in Baden zum Vertrieb nicht zugelassen. Es macht sich deshalb nach dem badischen Lotteriegesez vom 26. April 1912 strafbar, wer in Baden in den genannten beiden Lotterien spielt, oder Lose dieser Lotterien verkauft, sonst veräußert, zum Erwerb anbietet oder zur Veräußerung bereit hält.

Tagungen

Die 40. Generalversammlung des Verbandes badischer Dentisten findet am 8. Mai in Offenburg statt.

Der Bund der Versicherungsvertreter Deutschlands wird vom 26.—28. Mai in Heidelberg seine Tagung abhalten.

Die badischen Lokomotivführer. Am 16. und 17. Mai tagt in Heidelberg der Bezirk Baden der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer.

KARL LANG Kaiserstr. 167 I. Telephone 1073 (Salamander-Schuhhaus)

Günstige Bedingungen ermöglichen den Kauf eines erstklass. Pianos oder Harmoniums

Gemeinde-Rundschau

Die Kreisversammlung Baden-Baden nahm zu der Frage der Tabaksteuer einstimmig nachstehende Entschliessung an: Die tabakbauenden Landwirte des Kreises Baden sehen mit Besorgnis der kommenden Steuer- und Zollgesetzgebung entgegen und befürchten, dass dabei infolge nicht genügender Rücksichtnahme auf den heimischen Tabakbau dieser wichtige Zweig des badischen Pflanzenbaues und damit ungezählte Kleinbauernexistenzen gefährdet werden können. Die Kreisversammlung nimmt sich dieser Sorgen und Befürchtungen der eingesehnen Landwirte an und bittet dringend, bei der genannten Gesetzgebung dem badischen Tabakbau die gebührende Rücksichtnahme angedeihen zu lassen und dafür besorgt zu sein, den badischen Landwirten die Möglichkeit des Tabakbaues zu erhalten.

Der Bürgerausschuss Heidelberg setzte die Umlage für das abgelaufene Rechnungsjahr endgültig auf 61,6 Pfg. fest, jene für das beginnende Verwaltungsjahr vorerst auf 57,2 Pfg. Mit allen gegen 6 kommunalistischen Stimmen wurde dann der Dienstvertrag mit Bürgermeister Dr. Amberger genehmigt. Herr Dr. Amberger wird in Kürze aus Offenburg überföhrt.

Ergebnis der Bürgermeisterwahl in Rehl. Bei dem 3. Wahlgang zur Bürgermeisterwahl in Rehl wurde am Mittwoch der von der Sozialdemokratie vorgeschlagene Dr. Kraus-Mannheim mit 33 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Dr. Wiedmann, Bürgermeister in Ortelsburg, erhielt 33 Stimmen.

Ein Freiburger Konservatorium. Die Stadt Freiburg wird im Herbst dieses Jahres in einem Gebäude am Karlsplatz ein Konservatorium für Musik eröffnen, das als ausgesprochene Fachschule im Sinne der Reformbestrebungen Prof. Leo Kestenberg gedacht ist. Das Konservatorium wird in städtischer Regie geführt werden und streng vom Stadttheater getrennt sein. Als Lehrkräfte werden dem Institut angehören u. a. Julius Weismann für Komposition und Klavier, Dr. Hermann Erpf für Theorie und Otfried Kies für Geige. Prof. Schuegraf vom Salzburger Mozarteum wird als ausführender Leiter für die Direktion genannt.

Aus der Landeshauptstadt

Das Reichsfuhrerbuch, 75 Jahre sind vergangen seit das erste amtliche Fahrplanbuch der Postverwaltung, das „Reichsfuhrerbuch“ erschienen ist. In schlichtem, grauen Gewande 12 zu 16,5 Zentimeter groß, etwa einen halben Zentimeter stark erschien im Jahre 1850 das erste Reichsfuhrerbuch. Es enthielt auf 42 Seiten die Fahrpläne der Eisenbahnen in Deutschland und den Nachbarstaaten, auf 54 Seiten Postkarte und auf 8 Seiten Dampfschiffahrtspläne. Die erste Ausgabe 1925 umfaßt 1239 Textseiten, woraus am besten zu entnehmen ist, welchen Umfang der Verkehr genommen hat. Um den Wünschen der Bezüher noch mehr entgegenzukommen und dem Wert durch größere Billigkeit eine weitere Verbreitung zu verschaffen, hat sich die Postverwaltung entschlossen, von jetzt ab wieder jährlich vier Ausgaben des Werks herauszubringen und außerdem die drei ersten Teile des Reichsfuhrerbuchs als Sonderausgaben einzeln abzugeben. Die erste Sommerausgabe erscheint mit dem Inkrafttreten des Sommerfahrplans, die zweite Sommerausgabe am 1. Juli, die erste Winterausgabe mit dem Inkrafttreten des Winterfahrplans und die zweite Winterausgabe am 15. Dezember.

Vorausichtliche Witterung für 1. Mai: Zeitweise wolfig in vielen Gegenden Gewitterregen, etwas wärmer.

Konzert des Bachvereins. Das erste Konzert unter der Leitung von Franz Philipp wird nunmehr am Montag, den 4. Mai ds. Js. in der Festhalle stattfinden. Nicht nur die Mitglieder des Vereins, sondern darüber hinaus wird die Veranstaltung von allen Freunden erster Kunst mit großer Spannung erwartet. Das Programm bringt drei Erläuterungen und die Bach-Kantate „Lobet den Herren, den mächtigen König der Ehren“. Für das große Orgelkonzert mit Orchester in F-Dur von Händel, ist der Lehrer von Franz Philipp — Herr Adolf Hamm (Wasel) — ein Schüler von Straube, gewonnen. Die Motette von Mozart „Exultate, jubilate“ mit Orchester wird von Frau Yella Curjel, Düffeldorf, gesungen. Als großes Chorwerk ist die Messe Nr. XVI in C-Dur, die den Weinamen „Krönungsmesse“ führt im Programm vorgesehen. Das Autograph der Messe, im Besitze der Berliner Staatsbibliothek, trägt das Datum der Vollendung: Salzburg den 23. März 1773. Der Salzburger Tradition zufolge hat Mozart die Messe für die Feier der Krönung des gnadenreichen Marienbildes in der Wallfahrtskirche Maria-Stein bei Salzburg geschrieben, die seit dem Jahre 1751 dort selbst alljährlich mit großem Krum begangen wird. Als Solisten sind außer den bereits Genannten Frau Hofmann-Brewer, Karlsruhe, Herr Konzertfänger Jos. Cron-Wasel und Herr Konzertfänger Heinz Stadelmann, Stuttgart-Gannstatt gewonnen. Karten sind bei der Musikalienhandlung Doert, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstr.) sowie der Konzertdirektion Kurt Neufeldt, Waldstr. 39, erhältlich (Näheres siehe an den Anschlagtafeln).

Kurze Nachrichten aus Baden

Offenburg, 29. April. Entsprechend dem Beispiel der Deutschen Reichsbahngesellschaft läßt die Mittelbadische Eisenbahn-Ges. mit Wirkung vom 1. Mai d. J. auch auf den mittelbadischen Nebenbahnen eine mäßige Erhöhung der Personalfahrpreise und der Gepäckfrachten eintreten.

Haslach, 29. April. Im Alter von 84 Jahren starb gestern die Schwester des ehemaligen Stadtpfarrers der St. Marienkirche in Freiburg und des bekannten Schwarzwalddichters Hansjakob, Philippine Hansjakob. Die Verstorbene überlebte ihren weit über unsere badische Heimat hinaus bekannten Bruder um 9 Jahre. Sie hat Heinrich Hansjakob während seiner Priesterjahre in Haslach, Gagau am Bodensee und in Freiburg die Haushaltung geführt und mit ihm zuletzt den selbsterhaltenen Ruhestand im Heimort Haslach i. B. bezogen, um dort die letzten Lebensstage zu verbringen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	30. April	29. April
Amsterdam 100 G.	168.44	168.86
Kopenhagen 100 Kr.	78.10	78.28
Italien 100 L.	17.19	17.23
London 1 Pfd.	20.337	20.387
New York 1 D.	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	21.97	21.93
Schweiz 100 Fr.	81.28	81.48
Wien 100 Schilling	59.05	59.07
Prag 100 Kr.	12.425	12.485

Zuteilung überall 100 Prozent

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Dem Hilfsverein für Berufsarbeiter der Inneren Mission Berlin-Neukölln, Burggrafenstraße 15, wurde auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 143) und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49) in widerruflicher Weise die Erlaubnis erteilt, im Lande Baden bis zum 31. Dezember 1925 zugunsten seiner satzungsgemäßen Aufgaben eine Sammlung mittels persönlicher Anschreiben und Zeitungsauftritte zu veranstalten. Karlsruhe, den 28. April 1925.
Der Minister des Innern
Remmelé.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Zum Gendarmerieoberwachmeister der Gendarmeriewachmeister Josef Strittmatter in Herrschdorf, Polizeioberwachmeister Jakob Käss in Pforzheim zum Polizeikommissär, Kriminalassistent Heinrich Böwing zum Kriminalsekretär, Verwaltungssprachkann Georg Duntler beim Bezirksamt Willingen zum Verwaltungsobersekretär, Bürohelfer Otto Prey beim Bezirksamt Mannheim zum Verwaltungsassistenten.

In den Ruhestand versetzt:
Polizeiwachmeister Max Stuber in Freiburg.
Justizministerium
Zugelassen:

Rechtsanwalt Dr. Albrecht Fuchs beim Oberlandesgericht, nach Verzicht auf seine Zulassung beim Landgericht Karlsruhe; der frühere Rechtsanwalt Johann Trotter beim Amtsgericht Donaueschingen und Landgericht Konstanz; die Gerichtsassessoren Dr. Josef Felsch und Dr. Friedrich Kaiser beim Landgericht Mannheim, Dr. Fritz Wolf beim Landgericht Heidelberg.

Verzichtet:
Rechtsanwalt Dr. Herbert Engelhard auf seine Zulassung beim Landgericht Mannheim und Friedrich Keller auf seine Zulassung beim Amtsgericht Überlingen und Landgericht Konstanz.

Ernannt:
Die Kanzleihilfen Heinrich Dent beim Amtsgericht Mannheim und Rudolf Herrmann bei der Staatsanwaltschaft Wetzlar zu Kanzleiaspiranten.

Versetzt:
Kanzleisekretär Ernst Meiser bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zum Landgericht daselbst, Aufseher Eugen Dueser bei der Kolonie Ankenbusch zum Männerzuchtshaus Bruchsal.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:
bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit Oberaufseherin Sofie Rothermel bei der Frauenstrafanstalt in Bruchsal.

Wir sehen uns gezwungen, infolge des Beschlusses der Gehilfenschaft, den 1. Mai zu feiern, die Zeitung an diesem Tage ausfallen zu lassen.
Verlag der Karlsruher Zeitung.

Bachverein Karlsruhe

Krönungsmesse

sowie Werke von Bach und Händel

Montag, den 4. Mai 1925, abends 7^{1/2} Uhr

Festhalle

Bekanntmachung.
Landwirtschaftskammerwahlen betr.
In den Anlagen 3a und 3b der Wahlordnung (Wahlmiederchrift) ist die nach § 27 Absatz 2 Satz 2 und 3 der Wahlordnung vorgesehene Beurkundung (Bezeichnung der Vorschlagslisten und fortlaufender Vermerk der Zahl der auf jede Vorschlagsliste entfallenden Stimmzettel durch den Schriftführer) nicht berücksichtigt.
Wir bitten die Wahlschüsse, diese Feststellungen auf besonderem Blatt vorzunehmen und mit Unterschrift des Wahlschusses der Wahlmiederchrift als Anlage beizufügen.
Wir bitten ferner, die Wählerlisten einheitlich vom Dienstag, den 12. Mai 1925 bis Dienstag, den 19. Mai 1925 einschließlich öffentlich aufzulegen.
Eine Anfrage gibt uns Veranlassung, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß zu dem in § 8 Ziffer 2 der Wahlordnung erwähnten Grundvermögen von M. 5000 nur die land- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücke, dagegen nicht die Wohnhäuser gehören.
Karlsruhe, den 29. April 1925.
Badische Landwirtschaftskammer.
Der Vorsitzende:
Gebhard.

Carl August Nietten & Co.

liefern alle Sorten

Ruhrkohlen, Nuß- und Anthracitkohlen
Koks für Zentralheizungen u. Hausbrand

Grudekoks
Steinkohlen- und Braunkohlenbriketts
Brennholz

Hauptbüro: Rheinafen, Nordbeckenstr. 6
Fernsprecher 982 und 5165

Stadtbüro: Kaiserstraße 118,
Fernsprecher 5506 D.790

Detektiv Institut
- u. Privat-
Auskunft
„Argus“
Mannheim
O. 6. 6.
Planken 11.47
Fernspr. 3505
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Zuchtfarren
13-18 Monate alt, sind preiswert zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt der Obmann **H. Guf.** Landwirt in **Rippenheimweiler**, Amt Lahr (Wahlstation Rippenheim). Der Ort ist seuchenfrei.

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
A. 554. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma **Badische Uhrenfabrikation Otto K. Romann G.m.b.H.** in Karlsruhe wurde auf Antrag die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses angeordnet. Als Aufsichtsperson wurde Kaufmann **Julius Hepp** in Karlsruhe, Kriegsstraße Nr. 174, ernannt. Karlsruhe, den 28. April 1925. Der Gerichtsherr **Badischen Amtsgerichts A. I.**

Bericht, Bekanntmachungen
Bekanntmachung.
Den Bezirksbauhütendienst im Amtsbezirk Ettlingen. Die Stelle eines Bezirksbauhütters für den Amtsbezirk Ettlingen ist infolge Wegzugs des bisherigen Inhabers neu zu besetzen. Bewerbungen wollen unter Vorlage von Zeugnissen binnen 14 Tagen hierher eingereicht werden. Die Bewerber müssen mit den auf das Gebäudeinschätzungswesen bezüglichen Verhältnisse vertraut sein und haben sich gegebenenfalls einer Prüfung zu unterziehen. Diejenigen, die

die staatliche Baumeisterprüfung abgelegt haben, werden bevorzugt. A. 547
Ettlingen, 27. April 1925.
Stellenbesetzung.
Beim Städt. Fürsorgeamt Freiburg i. Br. ist die Stelle einer Tuberkulosefürsorgerin im Angestelltenverhältnis alsbald zu besetzen. Bezahlung erfolgt nach Besoldungsgruppe VI.
Die Bewerberinnen müssen die soziale Frauenschule mit Erfolg besucht haben und die staatliche Anerkennung als Sozialbeamtin besitzen. Bewerbungen sind bis spätestens 15. Mai 1925 unter Beifügung lüdenloser Zeugnisse über die seitherige Beschäftigung bei uns einzureichen. Persönliche Vorstellung wollen unterbleiben. A. 311
Freiburg i. Br., den 28. April 1925.
Städtisches Fürsorgeamt.

Die Bauarbeiten für die Erweiterung des Maschinenhauses in Radolfzell sollen öffentlich vergeben werden und zwar: die Grab- und Maurerarbeiten, Steinhauer (Kunststein), Zimmer, Schmiede, Wächner, Dachdecker, Verputzer, Glaser, Schreiner, Schlosser, Installations-, Anstreicher- und Pfäzlerarbeiten. Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschreibungen liegen an Werktagen bei der Bahnhofsleiterin in Radolfzell und auf unserem Hochbaubüro in Konstanz zur Einsicht auf, wofür selbst auch die Angebotsvordrucke gegen Vergütung abgegeben werden. Die Angebote sind verschlossen und portofrei, mit entsprechender Aufschrift versehen, bis Samstag, den 16. Mai 1925, vormittags 11 Uhr — Eröffnungsstermin — an die unterzeichnete Stelle einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Konstanz, 20. April 1925.
Deutsches Reichsbahngesellschaft
Vorstand der Bahnbauinsp.

Ausholzverkauf.

Badisches Forstamt Huchenfeld in Pforzheim verkauft freihändig aus Staatswaldbeständen I, II, III, IV, V, VII und XV, etwa 3000 Fm. Nadelrundholz aller Klassen, darunter etwa 600 Fm. Forsten, unter den neuesten Zahlungsbedingungen vom 22. Dez. 1924. Schriftliche Angebote in ganzen Prozenten der Landesgrundpreise bis längstens Freitag, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, an das Forstamt (Geschäftszimmer Forststraße 1, Fernsprecher 2151 Pforzheim) erbeten. Vorzeiger: Die Oberforstwärter von Lu in Huchenfeld, Sommer in Bamberg, die Forstwärter Kern in Hohenwart, Volkert in Neuhausen, Schuderer und Markus in Huchenbrunn. Preisverzeichnisse durch das Forstamt. A. 580

Badisches Landestheater
Freitag, den 1. Mai 1925
8 23. Th.-Gem. 501-800
Vollstuhle 8.

Der Barbier von Sevilla
Komische Oper in 3 Akten
Musik von Rossini
In Szene gef. von H. Bussard
Personen:
Graf Almaviva Peter
Doktor Bartolo Graf
Rosine v. Ernst a. G.
Basilio Dr. Wucherpernig
Figaro Heiler
Fiorello Loisinger
Marzelline Rosel-Tomshilf
Ambrosio Kleinbud
Diener Kalmbach
Meier
Ein Notar Kitzler
Einlage im zweiten Akt:
Variationen über ein Mozartsches Thema von Adam, gesungen von M. von Ernst Anfang 7^{1/2} Ende 10
Sperzeit I 7.—